



Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei senden wir Ihnen die aktuelle Ausgabe des nationalen EMN-Newsletters!

Der nationale EMN-Newsletter informiert kurz und übersichtlich über aktuelle Aktivitäten und Publikationen des EMN sowie nationale und europäische Entwicklungen im Bereich Asyl, Migration und Integration.

EMN-Newsletter

Ausgabe 1/ 2013

Wien, am 15. Februar 2013

Publikationen

EMN-Fokusstudie — Establishing Identity for International Protection

Die Frage der Identitätsfeststellung ist sowohl für das österreichische Asylverfahren als auch bei zwangsweisen Rückführungen von großer Relevanz. So beschäftigte sich diese zweite EMN-Fokusstudie 2012 vor allem mit Herausforderungen bei der Identitätsfeststellung von (abgelehnten) Asylsuchenden in Österreich. Zudem bespricht sie unter anderem die verschiedenen Praktiken, die in Österreich zur Anwendung kommen, und deren Relevanz, sowie den Zusammenhang zwischen Identitätsfeststellung und Gewährung von internationalem Schutz.

Veranstaltungen

Nationale EMN-Konferenz

„Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU und Österreich“

Rückblick - 18. Dezember 2012

Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk organisierte am 18. Dezember 2012 seine zweite nationale Konferenz in der Diplomatischen Akademie Wien. Die Konferenz veranschaulichte die Ergebnisse der EMN-Studie „Zuwanderung internationaler Studierender aus Drittstaaten in die EU“. Die Veranstaltung beleuchtete einfühend die Situation aus Perspektive der EU sowie den Einfluss der Studie auf die europäische Politikentwicklung. Neben konkreten Forschungsergebnissen aus ausgewählten EU-Mitgliedstaaten wurde der Zugang zum Arbeitsmarkt für Studierende und AbsolventInnen aus Drittstaaten behandelt. Im Anschluss diskutierten ExpertInnen die Frage, inwieweit Österreich einen Zielort für internationale Studierende darstellt.



Podiumsdiskussion: (von links nach rechts) Angelika Gruber, (ÖH), Johannes Peyrl (AK), Margit Kreuzhuber (WKO), Stefan Beig (Wiener Zeitung), Dietmar Hudsky (BMI) and Elmar Pichl (BMWf).

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.emn.at/nationale-emn-konferenz-zuwanderung-internationaler-studierender-aus-drittstaaten-in-die-eu-und-oesterreich> oder im [Konferenzbericht](#).

Das EMN verfolgt seine Ziele auf der Grundlage eines jährlichen Arbeitsprogramms, das vom EMN- Lenkungsausschuss gebilligt und von der Kommission angenommen wird. Das Arbeitsprogramm 2013 umfasst eine Hauptstudie sowie drei sogenannte Fokusstudien über politisch relevante Themen. Folgende Studienthemen werden 2013 in 26 EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen durchgeführt und bilden die Grundlage für die dazugehörigen EU-Syntheseberichte:

EMN-Fokusstudie — Attracting Highly Qualified and Qualified Third-Country Nationals

Die Studie zielt vor allem auf politische EntscheidungsträgerInnen auf nationaler und EU-Ebene, die mit Arbeitsmigration beschäftigt sind, ab. Die Studie soll einen Überblick über nationale Strategien und praktische Maßnahmen zur Anziehung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen schaffen, diese evaluieren und bewährte Methoden identifizieren. Zudem sollen auch bestehende Hindernisse und Herausforderungen hinsichtlich der Anziehung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen identifiziert werden.



EMN-Fokusstudie — Organisation of Reception Facilities for Asylum Seekers in the EU Member States

Die Studie soll politischen EntscheidungsträgerInnen der Europäischen Kommission und der EU-Mitgliedstaaten einen Überblick über den rechtlichen Rahmen, die Organisation und die Kapazitäten der nationalen Aufnahmesysteme für AsylwerberInnen verschaffen. Darüber hinaus soll die Qualität, Effizienz und Flexibilität der Aufnahmesysteme in der Praxis untersucht, sowie bewährte Methoden identifiziert werden.

EMN-Fokusstudie — Identification of Trafficking Victims in Asylum/Migration/Return Procedures

Die Studie zielt darauf ab, das Verständnis darüber, wie Betroffene von Menschenhandel in den EU-Mitgliedstaaten identifiziert werden und inwieweit relevante Verfahren koordiniert werden, zu verbessern. Außerdem soll der Mehrwert von nationalen und transnationalen Verweismechanismen untersucht werden und Schlussfolgerungen hinsichtlich einer besseren Koordinierung gezogen werden. In diesem Zusammenhang wird auch die „Strategie der EU zur Beseitigung des Menschenhandels (2012-2016)“ herangezogen, welche die EU-Mitgliedstaaten bei der Umsetzung von politischen Verpflichtungen unterstützen soll.



EMN-Hauptstudie — EU Member State Policies and Practice Regarding Access to Social Security, Housing and Health by Migrants

Die Studie soll Politiken und administrative Praktiken hinsichtlich des Zugangs von MigrantInnen zu sozialen Sicherungssystemen erörtern. Der Zusammenhang zwischen Sozial- und Migrationspolitik soll untersucht werden und Aufschluss darüber liefern, ob und inwiefern das Migrationsverhalten von bestehenden Sozialsystemen beeinflusst wird sowie die tatsächlichen Nutzungsstrukturen dieser Systeme von MigrantInnengruppen erforschen.

Dokumente und Arbeitsergebnisse der EU-Institutionen:

- ◆ Europäische Kommission: [Employment and Social Developments in Europe 2012](#) (08/01/2013): Die Publikation deckt auch den Bereich Migration in Bezug auf Einkommen, Armut, Arbeitslosigkeit und „Qualifikations-Inkompatibilität“ ab (siehe Seiten 43/44; 61; 84/85; 150; 159; 178 und 380). (nur auf Englisch verfügbar)
- ◆ [Aktionsplan Unternehmertum 2020](#), Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, [COM\(2012\) 795 final](#). Der Aktionsplan Unternehmertum 2020 hat zum Ziel entscheidende Handlungsweisen bereitzustellen um Europas unternehmerisches Potential, mit Rücksicht auf UnternehmerInnen mit Migrationshintergrund, zu fördern.
- ◆ [Programm des irischen Vorsitzes im Rat der Europäischen Union](#): siehe migrationsrelevante Teile der Publikation (siehe Seiten 21-22)
- ◆ [„Migranten in Europa“: Kommission startet europaweiten multimedialen Wettbewerb](#), Pressemitteilung der Europäischen Kommission, Brüssel, 1. Februar 2013
Wettbewerbs-Homepage: www.migrantsineurope.eu/
- ◆ [EU-Zuwanderungsportal](#) ist nun auch in Spanisch verfügbar! Dieses Internetportal bietet praktische Informationen für ausländische Staatsangehörige die sich in der EU niederlassen wollen. Es versteht sich als erste Anlaufstelle und verfügt über aktuelle und nützliche Informationen betreffend nationalen und europäischen Zuwanderungsgesetzen und Einwanderungspolitiken. Siehe <http://ec.europa.eu/immigration/>
- ◆ Launch der Website: [EU Skills Panorama](#). Siehe <http://euskillspanorama.ec.europa.eu/>
- ◆ Eurostat: [Asylum applicants and first instance decisions on asylum applications](#), third quarter 2012 (nur auf Englisch verfügbar)
- ◆ Eurostat: [Heimatüberweisungen von Erwerbstätigen in der EU27](#), Dezember 2012
- ◆ Europäische Kommission: [Quarterly report of the Task Force for Greece](#), Dezember 2012 (nur auf Englisch verfügbar)
- ◆ Rat der Europäischen Union: [EU-Armenia agreement on facilitating the issuing of visas](#), Dezember 2012 (nur auf Englisch verfügbar)
- ◆ Europäisches Parlament: [police access to asylum seekers' fingerprints in Eurodac](#), Dezember 2012 (nur auf Englisch verfügbar)
- ◆ Europäisches Parlament: [annual resolution on fundamental rights](#), Dezember 2012 (nur auf Englisch verfügbar)

Urteile:

- ◆ [Urteil des Europäischen Gerichtshof](#) (Fünfte Kammer) vom 17. Jänner 2013 in der Rechtssache C-23/12 betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 267 AEUV. „Verordnung (EG) Nr. 562/2006 – Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) – Mutmaßliche Verletzung des Anspruchs auf Achtung der Menschenwürde – Wirksamer Rechtsschutz – Recht auf Zugang zu einem Gericht“
- ◆ [Urteil des Europäischen Gerichtshof](#) (Erste Kammer) vom 6. Dezember 2012 in der Rechtssache C-430/11 betreffend ein Vorabentscheidungsersuchen nach Art. 267 AEUV. „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Richtlinie 2008/115/EG – Gemeinsame Normen und Verfahren im Bereich der Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger – Nationale Regelung, die eine Geldstrafe vorsieht, die durch eine Abschiebungsstrafe oder einen Hausarrest ersetzt werden kann“



Das [Europäische Migrationsnetzwerk](#) wurde im Jahr 2003 von der [Europäischen Kommission](#) im Auftrag des Europäischen Rates eingerichtet, um dem Bedarf eines regelmäßigen Austausches von verlässlichen Informationen im Migrations- und Asylbereich auf europäischer Ebene nachzukommen.

2013 ist nun das fünfte operationale Jahr auf Grundlage der Ratsentscheidung [2008/381/EG](#), welche die Rechtsgrundlage des EMN bildet.

Das Netzwerk besteht aus der Europäischen Kommission, einem Steuerungsgremium, zwei Dienstleistern und [Nationalen Kontaktpunkten](#), in den EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen. Im Jahr 2013 wird Kroatien als neuer Kontaktpunkt dem EMN beitreten.

Ziel des EMN ist es weiterhin, europäische Gemeinschaftsorgane, nationale Institutionen und Behörden sowie die breite Öffentlichkeit mit aktuellen, objektiven und vergleichbaren Daten und Informationen über Migration und Asyl zu versorgen. Dadurch soll der aktuelle Diskurs zu Migration und Asyl versachlicht werden, um politische Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union zu unterstützen.

Weiterführende Informationen zum EMN sowie seinen Arbeitsergebnissen sind erhältlich unter www.emn.europa.eu.

Rückfragehinweis:

Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk

IOM Wien, Nibelungengasse 13/4, 1010 Wien

Tel: +43 1 585 33 22 | Fax: +43 1 585 33 22-30

emnaustria@iom.int | www.emn.at



IOM Internationale Organisation für Migration



BM.I



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDEMINISTERIUM FÜR INNERES

Das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN) wird von der Europäischen Kommission koordiniert und besteht aus Nationalen Kontaktpunkten (NKP) in jedem Mitgliedstaat sowie Norwegen. Der Nationale Kontaktpunkt Österreich im EMN wird von der Europäischen Kommission und dem österreichischen Bundesministerium für Inneres finanziert.